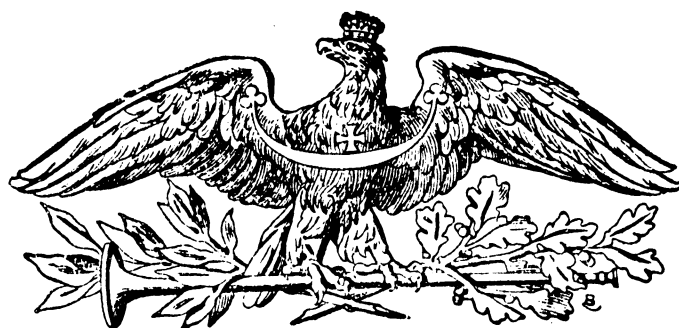




Bolschewistische Schreckensherrschaft in Riga.

Das Chaos in Bayern.

Reichswehrminister Roste nicht Oberbefehlshaber.

* Das Kennzeichen der Lage in Bayern ist nach wie vor vollkommener Wirrwarr. Die Hoffnung, daß endlich in die militärische Aktion gegen die Münchener Kommunisten ein energischer Zug kommen würde, scheint wieder zunichte werden zu sollen. Aus Bamberg wird nämlich, anscheinend amtlich, gemeldet, daß die Nachricht, Reichswehrminister Roste werde den Oberbefehl in dem Feldzuge gegen München übernehmen, nicht richtig ist. Was sonst von der Bamberger Regierung berichtet wird, bestätigt von neuem, daß das Ministerium Hoffmann der Lage in keiner Weise gewachsen ist. Eine Meldung der „Leipz. Neuesten Nachr.“ aus Ingolstadt, wohin das Hauptquartier jetzt verlegt worden ist, berichtet von Auslagen verschiedener Beamten der Bamberger Regierung, wonach der Ministerpräsident Hoffmann ein vollständig gebrochener Mann sei. Bezeichnend für die Unsicherheit der Lage sind ferner die einander widersprechenden Mitteilungen über Verhandlungen, die angeblich zwischen München und Bamberg gepflogen werden. So berichtet z. B. der „Tag“, Verhandlungen, die am Sonntag zwischen dem Ministerpräsidenten und einer Abordnung aus München in Ingolstadt stattgefunden hätten, seien ergebnislos verlaufen. Das „Berl. Tagebl.“ meldet demgegenüber aus Bamberg, es hätten überhaupt keine Unterhandlungen stattgefunden, die Regierung Hoffmann stehe den Münchener Gewalthabern gegenüber nach wie vor auf dem Standpunkt, daß mit ihnen nur auf der Grundlage bedingungsloser Übergabe und Auslieferung der Rebellenführer verhandelt werden könne.

Die Spartakisten in Oberbayern.

* Die zögernde und schwächliche Haltung der Bamberger Regierung hat zur Folge gehabt, daß die Münchener Spartakisten in ihren Verdrift haben weiter ausdehnen können. Während sich ihr Schreckensregiment ursprünglich lediglich auf München beschränkte, sind sie inzwischen auch nach Oberbayern vorgedrungen. Sie haben, wie schon gemeldet, die Orte Rosenheim (südöstlich München), Schongau (südwestlich München) und Kaufbeuren (westlich Schongau), auf der nebenstehenden Karte nicht mehr verzeichnet) besetzt. Südlich München sollen sie Roschell (etwa 60 km von München entfernt, am Roschellsee) besetzt haben. Die Nachricht, daß sie auch Garmisch-Partenkirchen, den bekannten oberbayerischen Kurort, in ihre Gewalt gebracht hätten, scheint verfrüht zu sein. Eine Meldung vom 29. April besagt, die Ortswachen von Garmisch-Partenkirchen hätten bei Farchant (etwa 4 km nördlich Garmisch-Partenkirchen) Schützengraben ausgehoben und hätten in dem Gelände eine Halle für spartakistische Automobile angelegt, die mit starker Besatzung aus München gemeldet seien. Auch nach Osten zu haben die Münchener Gewalthaber ihre Sicherungsposten weit vorgeschoben; wie im heutigen Morgenblatt mitgeteilt, haben sie Mühldorf am Inn (etwa 80 km südlich von München) und den bekannten Wallfahrtsort Altötting besetzt und in Verteidigungsaustand gesetzt. Die Regierungstruppen stehen nach der letzten Meldung etwa 30 km nordwestlich München an dem Fluße Glon, einem linken (auf der vorliegenden Karte ohne Namen eingetragenen) Nebenfluß der Amper.

Im einzelnen liegen noch folgende Meldungen vor:

D. Wie aus Bamberg gemeldet wird, wollten in der zwischen Bamberg und Nürnberg gelegenen Stadt Forchheim Spartakisten das Rathaus stürmen. Die anwesenden Regierungstruppen konnten jedoch den Angriff ab schlagen. Die Spartakisten verloren 8 bis 10 Verwundete und einen Toten. Die Stadt ist ruhig.

* D. In Nürnberg hat der „Fränk. Kurier“, das Organ der Demokratischen Volkspartei, auf Befehl des Generalkommandos sein Erscheinen einstellen müssen. Auch die Organe der U. S. V., „Der Sozialdemokrat“ und der Kommunisten „Die Rote Fahne“ sind bis auf weiteres verboten worden.

Der Streik im Ruhrrevier beendet.

§§ Der Streik der Bergarbeiter im Ruhrrevier kann, wie aus Essen unter dem 28. April berichtet wird, jetzt als beendet angesehen werden. Am Montag wurde auf 21 Schachtanlagen wieder voll gearbeitet, und auch auf den übrigen 25 streikt nur noch ein Teil der Belegschaften.

Heeresbericht des N. O. K.-Süd.

* Feindliche Vorkräfte bei Willich, Frenhan, nordwestlich Traarberg und nördlich Rawitz abgewiesen. Polnische Patrouillen an der Nehebrücke südlich Ralei wurden vertrieben. Patrouillenvorkräfte südwestlich Bromberg wurden abgeschlagen.

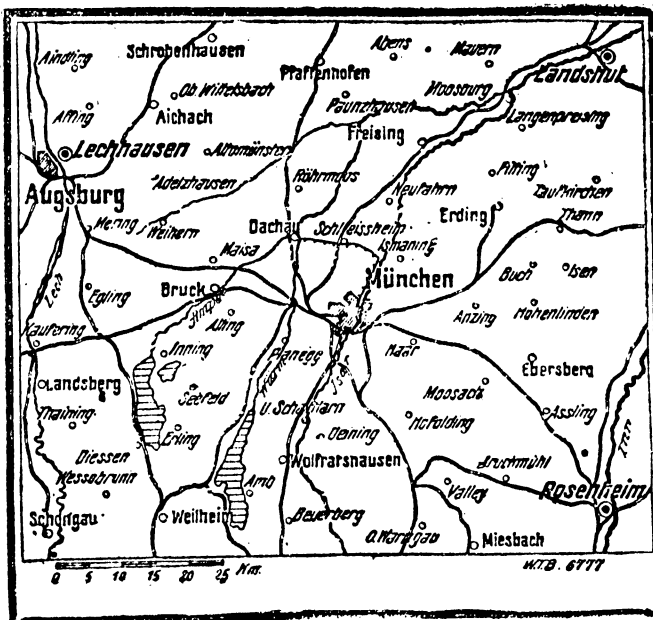
Die Heerden des Generals Haller.

w. Danzig, 28. April. Auf das Telegramm des deutschen Volksrates an die maßgebenden Landes- und Reichsbehörden, in dem gegen die Rede des Generals Haller in Krotoschin protestiert wird, ist vom Reichsminister Erzberger folgende Antwort eingegangen:

„Denselbe erhalten. Wegen des Verhaltens des Generals Haller in Krotoschin ist von mir bereits, wie heute, die Presse mit Protest eingeleitet worden. Die Reichsregierung tut alles, was in ihren Kräften steht, um die deutsche Demokratie zu schützen.“

Inzwischen steht General Haller keine aufreizende Tätigkeit fest. Es liegt darüber folgende, in einem Teile der heutigen Morgennummer bereits mitgeteilte Meldung vor:

§§h. D. 29. April. Der polnische General Haller steht in einer Unterredung mit Vertretern des polnischen Korrespondenzbüros seine Drohungen gegen Deutschland fort. Seit er polnischen Boden betreten habe, erkenne er Bismarck und die polnische Nationalversammlung als oberste Gewalt an. Marisch



Bolschewistische Schreckensherrschaft in Riga.

* Ein soeben aus Riga in Gelsingfors eingetroffener Reisender gibt über die Verhältnisse in Riga folgende Schilderung. Seit dem Einrücken der Sowjettruppen herrscht dort ein furchtbares Elend, das sich durch die jetzt eingetretene volle Anarchie noch gesteigert hat. Die Zahl der Verhafteten muß auf etwa sechszehntausend beziffert werden. In den letzten Wochen wurden täglich etwa zweihundert Hinrichtungen vorgenommen. Von den Erschossenen sind 50 Prozent Deutsche und Deutsch-Balten, 40 Prozent Letten, der Rest Juden und verschiedene Nationalitäten. Einige Städte sind völlig entvölkert und die Einwohner auf der Insel Hakenholm interniert worden. Das wirtschaftliche Leben in Riga ist tot. Alle Maschinen, Vorräte an Lebensmitteln, Kleider und Gebrauchsgüter sind zu Rohmaterialen werden in geschleppt. Wenn der jetzige Zustand nur noch kurze Zeit dauert, ist die Zukunft Rigas auf Jahrzehnte vernichtet.

Der Angriff gegen Mäts-Ungarn.

Budapest, 28. April. (Ungarisches Corr.-Büro.) Am 27. April besetzten die Serben Mäts und Naglak. Die Rumänen drangen in Richtung Oroshaza, Szarvos und Ghema vor und besetzten Kaba, Balmaz-Újváros, Hajdu-Újváros und Nitra-ghaza. Die Heißbrüder bei Ciop wurde von den Rumänen gesprengt. Uniere Nachhuttruppen gelangten am 27. April bloß mit den feindlichen Reiterpatrouillen in Verührung. Ein von den Tschechen am 26. April nördlich von Banrebe durchgeführter Teilangriff wurde von unseren Truppen mit Gegenangriff zurückgeschlagen.

△ Budapest, 29. April. (Telegr. d. Schles. Ztg.) Wie die „Dacia“ meldet, werden in Budapest große Vorbereitungen für den Fall der Einnahme von Ofenpest getroffen. Es verlautet, daß nach der Besetzung Ofenpests durch die Entente sich König Ferdinand und der rumänische Thronfolger sowie die Generale Franchet d'Esperey und Berthelot nach Ofenpest begeben werden.

Bündnis zwischen Italien und Ungarn?

△ Prag, 29. April. (Telegr. d. Schles. Ztg.) Hier verlautet, daß zwischen Italien und den ungarischen Mätsrepublik Verhandlungen über den Abschluß eines Bündnisses im Gange sind. (Ein solches Bündnis würde sich gegen die Südslawen und in zweiter Linie gegen die Entente richten. Da die Nachricht aus tschechischer Quelle stammt, ist sie von vornherein verdächtig. — D. Red.)

Tschechische Gewalt Herrschaft in Deutschböhmen.

§§ Die Tschechen ziehen, wie aus Dresden berichtet wird, in Deutschböhmen fortgesetzt die wehrfähigen jungen deutschböhmerischen Leute zum Heeresdienst ein. Infolgedessen flüchten viele Deutschböhmen nach Sachsen, um sich der Einreihung in die tschechische Armee zu entziehen.

Hoch untersteht, er nur nominell. Polen werde der ganzen Welt den lauten Schrei entgegenzuschleudern, daß es Danks niemandem aufgeben werde. In Paris sei man von den deutschen Lügen, Danzig und den Ostseestrand als deutsch hinzustellen, überzeugt.

Die Probe aufs Exempel.

Wahlergebnis im „polnischen“ Regierungsbezirk Allenstein.

§§h. In dem nach polnischen Behauptungen „zweifelslos polnischen“ Regierungsbezirk Allenstein haben am 2. März die Neuwahlen für die Gemeindervertretungen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts stattgefunden. Wenn je die nationalpolnische Überzeugung zum Ausdruck kommen kann, muß das der Fall sein bei Wahlen, die auf Grund des demokratischsten aller Wahlrechts finden. Unter diesem Gesichtspunkte ist das Wahlergebnis ein verurteilendes Urteil gegen den annexionsistischen Wahn der Polen. Besonders bezeichnend ist das Ergebnis in der Stadt Allenstein selbst, wo von rund 15 000 Wählerstimmen die Polen 567 auf ihre Listen vereinigen konnten und damit von 42 Sitzen einen für sich erhalten haben. Dabei soll das Polentum in der Stadt angeblich 11 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Ein solches Wahlergebnis beweist aber mehr wie alles andere, wie wenig die angeblich ihre Vereinigung mit den Polen erstrebenden Bewohner des Regierungsbezirks Allenstein sich als Polen fühlen.

Der Streik um Fiume.

Sonnino in Rom.

w. Rom, 28. April. (Agenzia Stefani.) Eine erregte Menge erwartete Sonninos Ankunft am Bahnhof. Er wurde mit Hochrufen auf Fiume, Dalmatien und Italien begrüßt. Sein Automobil wurde vom Volke gezogen. Sonnino wurde von der Menge in das Stadtratgebäude getragen, wo er eine Ansprache halten mußte. Er begrüßte hierauf den König, und sprach die Hoffnung aus, daß Italien siegen werde, wenn es einig bleibe.

Rundgebungen gegen Amerika.

w. Agram, 28. April. In Fiume kam es zu lauten Demonstrationen der Italiener gegen Amerika. Amerikanische Offiziere wurden auf der Straße mit Pfeifrufen begrüßt. Englisches und französisches Militär hält nur mit Mühe die Ordnung in der Stadt aufrecht.

Tast für Wilson.

w. Amsterdam, 28. April. Dem „Algemeen Handelsblad“ zufolge meldet die „Morningpost“ aus Washington: Der frühere Präsident Taft und einige republikanische Senatoren, die den schärfsten Widerstand gegen den Völkerverbund geleistet haben, werden Wilsons Standpunkt in der Fiumefrage. Sie werden deshalb von einigen Blättern angegriffen und es wird ihnen vorgeworfen, daß sie sich in eine Sache einmischen, die Amerika nichts angehe.

Eine Erklärung der amerikanischen Regierung.

Paris, 29. April. „Agence Havas“ meldet aus New-York: Der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Lansing, gab namens der Vereinigten Staaten folgende Note betreffs der abriatischen Frage bekannt: „Fiume ist Italien im Londoner Geheimvertrag nicht zugesprochen worden, sondern wurde den Kroaten gegeben, die nun ein Teil Südslawiens sind. Die Frage bezüglich Fiumes wird nun eine Frage des reinen Rechts, und sogar Clemenceau ist zu der Folgerung gekommen, daß es ein Unrecht wäre, wenn Fiume nicht an Südslawien fiele, denn Fiume ist für Südslawien und für benachbarte Länder der einzige brauchbare Hafen an der Ostküste der Adria. Die Ansprüche Italiens werden damit begründet, daß die Bewohner von Fiume Italiener sind. Wenn man aus diesem Grunde Fiume an Italien gebe, würde man das größte Unrecht an der südslawischen Republik tun und an der Adria würde eine Wunde entstehen, welche fortgesetzt existiert und die Ursache von anhaltenden Meibereien sein würde. Italien, welches Venedig und Triest besitzt, kann ohne Fiume glücklich leben, während die andere junge Republik ohne diesen Hafen keine freie Verbindung mit der See und der übrigen Welt haben würde.“

Englands Doppelspiel.

Aus Bern wird gemeldet: Die italienische Presse erzählt weitere Einzelheiten über den Konflikt in Versailles und eröffnet so einen näheren Einblick in die Entwicklung der Dinge. So enthält in der „Tribuna“ Malgodi, daß Frankreich in der letzten Phase der Konferenz Italien gegenüber größeres Entgegenkommen zeigte, während England ein Doppelspiel getrieben habe. Lloyd George gab sich den Italienern gegenüber den Anschein, als ob er sich mindestens an den Londoner Vertrag halten wolle, arbeitete aber gleichzeitig unter der Hand mit Amerikas Hilfe dagegen. Kürzlich kam es dabei zum Zerwürfnis zwischen Wilson und Lloyd George, der sich nach Fontainebleau zurückzog. Dann fand in Fontainebleau aber eine Versöhnung statt.

Italien in Albanien.

D. G. Bern, 29. April. (Eigener Drahtbericht.) Dem „Journal des Hellènes“ wird von der albanischen Grenze gemeldet, daß die Italiener in Tirana und in sechs anderen Städten unter Anwendung militärischer Gewalt Volksverleumdungen in Szene setzten, in der die wenigen herbeigeschleppten Albaner gegen Essad Pascha, Griechenland und Serbien zu demonstrieren gezwungen werden. Die Empörung der Albaner gegen die italienische Gewalt Herrschaft sei so groß, daß Tausende von ihnen in den nord- und ostalbanischen Gebirgen gegen die Italiener Krieg führen und trotz des Eingehens der italienischen Artillerie die Gebirgskämme festhalten. (Da Griechenland selbst Ansprüche auf Albanien erhebt, wird man diese Angaben mit allem Vorbehalt aufnehmen müssen. — D. Red.)

Bulgarisch-serbischer Konflikt.

Agram, 28. April. Die Belgrader „Epoca“ meldet, daß 180 bulgarische Soldaten unter Führung von Offizieren, entgegen den Bedingungen des Waffenstillstandes, in Strumitsa eingedrungen sind. Der ehemalige bulgarische Kriegsminister Samow habe die Weiße Garde mobilisiert und bedrohe die Grenze. Die Regierung in Sofia stehe diesen Untrieben machtlos gegenüber.

Der Entente-Völkerverbundsentwurf angenommen.

w. Paris, 28. April. (Reuter.) In der Vollziehung der Friedenskonferenz wurde der Vertrag des Völkerverbundes angenommen. Alle Verbesserungsvorschläge wurden zurückgewiesen.

w. London, 28. April. (Reuter.) Der Text des Völkerverbundesvertrages ist heute nachmittags bekanntgegeben worden. Viele Bestimmungen sind bereits halbsamtlich veröffentlicht worden. Neben den 32 ursprünglichen Mitgliebern werden noch weitere 14 Staaten, darunter die Niederlande, aufgefordert, dem Völkerverbund beizutreten. Der Hauptpunkt des Völkerverbundesvertrages ist, daß die Nation, die unter Verletzung des Vertrages ihre Zustimmung zum Kriege nimmt, ipso facto als Nation angesehen wird, die die Kriegshandlung gegen alle Mitglieder begangen hat.

Die deutsche Delegation in Versailles.

w. Berlin, 28. April. Hier aus Versailles eingegangenen Nachrichten zufolge ist von den französischen Behörden nunmehr für die Mitglieder der deutschen Delegation in zufriedenstellender Weise ausreichende Bewegungsfreiheit zugesichert worden.

w. Paris, 28. April. (Agence Havas.) Der Parl von Versailles wird während der Friedensverhandlungen, die ziemlich lange dauern werden, für das Publikum nicht geschlossen werden. Für die deutschen Delegierten sind 60 Lokale reserviert. Die deutschen Delegierten werden sogar das Recht haben, in die Stadt auszugehen, aber in unauffälliger Begleitung, um jeden Zwischenfall zu vermeiden.

Eine neue Einladung.

SShb. Berlin, 29. April. Die Alliierten haben am 26. April in Spa eine Note überreicht, in der Clemenceau, der Vorsitzende der Friedenskonferenz, im Namen der französischen, britischen, amerikanischen, belgischen und italienischen Regierung die deutsche Regierung auffordert, alle zweckdienlichen Maßnahmen zu treffen, damit den Wünschen der alliierten und assoziierten Regierungen Genüge getan werde, um die mit Deutschland im Gange befindlichen wirtschaftlichen Unterhandlungen der alliierten und assoziierten Mächte über die Deutschland zu liefern. Nachdrücklich wird die deutsche Regierung aufgefordert, die fünf alliierten und assoziierten Regierungen laden die deutsche Regierung ein, eine aus mehreren Mitgliedern bestehende Kommission von Spezialfachverständigen für Volksernährung, Seetransporte, Rohstoffe, Handel und Verkehr nach Versailles zu entsenden.

Reichsminister Erzberger ließ nach Spa folgende Antwortnote übermitteln: Erliche, General Ludant mitzuteilen, daß die deutsche Friedensdelegation, dem in der Devische von Herrn Clemenceau geäußerten Wunsch entsprechend, bereits 25 Sachverständige auf wirtschaftlichem und industriellen Gebiete umfaßt. Näheres wird die deutsche Friedensdelegation mündlich mitteilen. Sollte eine ernannte Kommission notwendig sein, so würde diese schnellstens nach Versailles abreisen. (Wiederholt.)

Die französische Mikrowirtschaft im Elsaß.

Kritik einer elsässischen Sozialisten-Revolution.

Am 4. April brachte die sozialistische Zeitung „Der Republikaner“ in Mülhausen einen Artikel über die Stimmung im Elsaß. Dieser Artikel war der französische Zensur entgangen. Sofort nach Erscheinen des Blattes wurde die Unterlassung der Zensurbehörde entdeckt und die Zeitungen, die zum Teil schon zur Post gegeben waren, zum Teil schon in den Postämtern auszuliegen oder schon in den Händen der Ausdräger waren, beschlagnahmt. Exemplare, die bereits an den Postämtern waren, wurden überlebt, Gendarmen suchten die Wirtschaften nach der antiken Nummer ab. Es konnte aber nicht verhindert werden, daß einige Exemplare nach Deutschland gelangten. Wir entnehmen ihnen den Artikel, der ein beachtenswertes Licht auf die Verhältnisse im Elsaß-Lothringen und die Stimmung der Bevölkerung wirft. Besonders wichtig ist auch das Eingeständnis, daß 80 Prozent der Einwohner die deutsche Sprache gebrauchen. Der Artikel lautet folgendermaßen:

Vor einigen Monaten begrüßte die Bevölkerung Elsaß-Lothringens mit Enthusiasmus ihre Rückkehr in die französische Gemeinschaft. Man hat den Empfang nicht vergessen, den sie den französischen Truppen und den politischen Persönlichkeiten, welche sich am Tage nach dem Waffenstillstand in die besetzten Provinzen begaben, bereitet hat. In diesem Empfang war soviel spontane Freude enthalten, daß Herr Poincaré ausruhen konnte: Die Volksgemeinschaft ist vollzogen! Wie sehr verchieden hier von heute die Lage! Auf den Enthusiasmus des ersten Tages ist eine

Lebhaftes Enttäuschung

gefolgt, eine Enttäuschung, die von Tag zu Tag bitterer empfunden wird. Um dies zu erreichen, genügt es, daß wir dort unsere Papier verschmierende Wurzeln einführten und die Brutalität des Belagerungsstandes. Elsaß-Lothringen ist ein Land mit demokratischer Tradition, gewöhnt an Ordnung und Methode. Die Unordnung, welche überall herrscht, in allen Zweigen des Unterrichts, wie der Rechtspflege, wie im Funktionieren aller Verwaltungen; der

Wurm

der so allgemein ist, daß man versucht sein könnte anzunehmen, er sei absichtlich angerichtet worden, gibt den beiden Provinzen den Eindruck, daß Frankreich weder ein demokratisches Land, noch ein Land der Disziplin ist. Unsere Verwaltung versteht sich wunderbar darauf, zu zerstören und Leute auf die Seite zu schieben, ohne sie überhaupt oder nur in genügender Weise zu erziehen. Leute, die oft kein anderes Unrecht begangen haben, als daß sie einflußreichen Leuten mitfallen, aus Gründen, die mit dem Wohl des Landes nichts zu tun haben. Anstelle einer langsamen systematischen, verständnisvollen Wiedereingliederung während der Übergangszeit, welche der Verwaltungsreform erlaubt hätte, weiter zu funktionieren, hat man Elsaß-Lothringen brutal von dem Nichts gestellt. „Dérouille-boys“, so lautet das Lösungswort, das aus Paris gekommen ist.

Nirgendwo Methode, überall Willkür!

Erziehungskommissionen, Masseneinteilungskommissionen, welche ohne Appell in lächerlicher Weise, oft auf anonyme Denunziationen hin ihren Spruch fällen. Wenn die Herrschaft des Belagerungsstandes nicht in ihrer ganzen Strenge hätte werden, würden die Beschwerden in eigenartiger energischer Form sich den Weg bahnen.

Man hat von einem Tag auf den anderen die Inschriften der Bahnhöfe, der öffentlichen Gebäude usw. verbannt — eine Sprache, die von mindestens 80 Prozent der eingeübten Bevölkerung verstanden wird. Die Bevölkerung versteht a. B. nicht, daß die Arbeiterinvaliden-Versicherungsarten nur nach französischen Text haben, während es doch unerlässlich wäre, daß ein, wenn auch nur bescheidener Platz, für die hauptsächlichste Landessprache reserviert würde. Ob man es will oder nicht, diese Sprache wird ihre Stellung behaupten, trotz der ungeheuren Bemühungen, welche man unternimmt, um sich selbst

eine falsche und gefährliche Illusion

von einem Lande französischer Sprache zu machen. Man hat den Namen einer großen Anzahl von Straßen verändert. Viele sind zur allgemeinen Genugung verschwunden; aber konnte man nicht wenigstens für eine gewisse Zeit die alten Straßennamen beibehalten (sei es auch nur nebenbei) noch beibehalten, die der Bevölkerung allein bekannt sind? In Straßburg ist das Elsaßische Museum wieder eröffnet worden. Aber keine Anzeige in der Landessprache gibt Aufschluß über Besuchszeiten und -Stunden, ob der Eintritt entgeltlich oder frei ist. In den Läden und Warenhäusern verschwinden allmählich die deutschen Inschriften, wo doch die Bezeichnung in beiden Sprachen von öffentlichem Interesse wäre. Die offizielle Gerichtssprache ist die französische. Man hat nicht einmal so vorsichtig, von den Richtern, die nach dem Elsaß geschickt wurden, zu verlangen, daß sie über Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen.

Das sind nur einige Einzelheiten, doch sie charakterisieren ein System. Eine künstliche und voraussetzende Verwaltung hätte den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung getragen. Man zog vor, über sie hinweg zu gehen, sie als nichtbeachtend zu betrachten — und

die Unzufriedenheit wächst.

Es gibt wohl in der Bourgeoisie Elsaß-Lothringens eine Anzahl von Leuten, die die Erkenntnis der Gefahr besitzen, in welcher die Zukunft des Landes und dessen Beziehungen zum wiedererlangten Vaterlande infolge der Torheiten der Verwaltung und der strengen Maßnahmen der militärischen Verwaltungsstellen stehen. Niemand jedoch hat den Mut, es auszusprechen aus Angst, als Verdächtiger behandelt zu werden. Das richtige, arbeitsame Elsaß möchte jetzt vor allem in Frieden leben, seine Fähigkeiten entwickeln und den unnützen Scherereien aus dem Wege gehen, mit denen man es verbittert.

Masse gegen den Terror.

Reichswehrminister Noske hat anlässlich seiner Anwesenheit in Danzig eine sehr scharfe Rede gegen die Umtriebe der Unabhängigen und Spartakisten gehalten. Der „Dtsch. Allg. Ztg.“ zufolge führte er u. a. aus:

Wir haben das Unglück gehabt, die Geschäfte des Reiches in einem Augenblick zu übernehmen, wie er trübsamer und unglücklicher nicht gedacht werden konnte. Wir Sozialisten haben früher gedacht, daß ein gewisser Höchststand in politischer und wirtschaftlicher Beziehung der deutschen Arbeiterschaft eine Bedeutung und Gewalt zu geben imstande sein würde, daß sie eines Tages unter Vorherrschaft

von mehr oder weniger starkem Druck die Möglichkeit haben würde, ganz oder auch nur teilweise die Reichsgeschäfte zu übernehmen. Statt dessen sind wir zur Leitung berufen worden, als das

Land bettelarm war.

alle Wirtschaftsmittel zerstört waren und die Wirtschaft des Reiches vollständig zum Erliegen und Erlahmen gebracht war. Wir Sozialdemokraten legen unsere ganze Politik darin aus, daß wir den Leuten Rechte geben. Wenn der Mensch aber zufrieden sein soll, muß er einen gefüllten Magen haben. So lange die Leute nicht satt gemacht werden können, und arbeitslos auf den Straßen umherliegen, so lange wird eine leidlich zufriedene Stimmung nicht aufkommen.

Nun sehen wir die betäubende Tatsache, daß diejenigen Leute, die noch vor einigen Monaten stramm gestanden haben vor ihren Vorgesetzten, die niemals daran gedacht haben, in eine sozialdemokratische Versammlung zu gehen, den Mund am weitesten aufreißen. Leider finden sie bei einem Teil der Arbeiterschaft Gehör, wenn sie mit

den wüsten Phrasen

kommen. Ich kann unseren Parteigenossen nicht dringend genug ans Herz legen, allen Oppositionen und Widerständen gegenüber unter allen Umständen starr zu dem zu stehen, was sie für richtig halten. Wir dürfen uns nicht auf der Nase herumtanzten lassen. Vor allem dürfen wir nicht tatenlos zusehen.

wenn eine noch geringere Minderheit als die Unabhängigen, die weit links von den Unabhängigen stehen, uns den Schabel einschlagen will. Wir müssen nockedungen eine Sicherung schaffen, daß sie nicht an unsere Schadel herankommen. Ich bin meinem Grundsatz stets treu geblieben: Wenn es sich darum handelt, daß auf einen Vudel gedrückt werden soll, so sehe ich nicht ein, daß das gerade mein Vudel sein soll, sondern suche mir einen anderen dazu aus. Ich habe mir meine Tätigkeit anders gedacht, als in den Straßen gegen die eigenen Volksgenossen Maschinengewehre und Minenwerfer aufzuführen zu lassen.

Unsere Parteigenossen müssen den Mut haben, in den Betrieben dem Treiben einer Minderheit entgegen zu treten.

Wir der Versuch gemacht, Terror auszuüben, nun auf, dann auf einem Knüttel gepreßt und sich zur Wehr gesetzt, das ist doch einfacher, als wenn ich eines Tages Soldaten herführen muß. Unsere Leute müssen nur Courage haben, dann können sie sich gegen terroristische Geheeren zur Wehr setzen. Ich werde für meinen Teil in den Staatsbetrieben dafür Sorge tragen, daß solchen

terroristischen Treibern ein Ende bereitet wird.

soweit mein Arm dazu ausreicht. Das sind Dinge, die mich natürlich nicht um Vieles von einer Anzahl Leute machen. Ich sage mir aber immer wieder, einer muß den ganzen Dreck aufessen, und da ich vorläufig kein anderer dazu melde, sehe ich nicht ein, warum ich nicht den Versuch machen sollte, auszumitteln, soweit das möglich ist. Das werde ich besorgen, solange ich auf meinem Platze stehe. Konflikte werden durchgeschlagen werden, weil sie durchschlagen werden müssen. Ich gebe nicht soweit, daß ich vor jedem Arbeiter in die Knie breche. Aus verschiedenen Betrieben, wo Terrorismus nicht worden ist, wie man sich ihn niedriger und schamloser nicht denken kann, habe ich solche Betriebsräte entfernen lassen, und der Drohung mit Streik sehr ich mit kühler Gelassenheit entgegen. Wenn ich die Staatsbetriebe sozialisieren soll, so ist es blanke Unfug, wenn mich diese Staatsbetriebe alle drei Tage bestreiten. Es ist blanke Unfug, in den Staatsbetrieben bei einem Achtstundentag 240 Mark pro Stunde Arbeitslohn zu zahlen, wenn die Werkstätten benutzt werden als politisches Tribunal.

Voraussetzung für den Achtstundentag ist intensive Arbeit, sonst können wir einpaar mit unserer ganzen Sozialisierung und sind erschlagen bei dem Versuch, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren. Wir wollen nicht infolge von Schatzgebuld uns zum Prügelknaben einer politischen Minderheit machen lassen.

Jeder einzelne muß mit frohem Glauben daran erfüllt sein, daß unser Volk trotz aller Mühe eine große schöne Zukunft haben kann, wenn jeder mit dem erforderlichen Eifer und der nötigen Eingabe für seinen Kreis und dadurch für das ganze Volk wirkt.

Von der Nationalversammlung.

SS Die Ausschüsse der Nationalversammlung in Weimar haben heute Dienstag ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Dagegen war es am Montag noch unsicher, an welchem Tage die Vollversammlungen wieder beginnen sollten. Der Rat der Ältesten suchte gestern Montag darüber Beschluß zu fassen, ob und in welchem Sinne dies geschehen ist, ist noch nicht bekannt.

Der Demonstrationsstreik in Stettin beigelegt.

Stettin, 28. April. Heute Abend fand auf dem großen Sportplatz an der Hafenterrasse wieder eine Versammlung der demonstrierenden Arbeiterschaft Stettins statt. Mehrere Redner erläuterten den Verlauf der inzwischen mit den Behörden geführten Verhandlungen. Danach seien die schon gemachten Forderungen ausnahmslos zugeflanden worden. Die Untersuchung gegen das Offizierskorps des Detachements Boensgen werde auf den Führer der Truppe, Hauptmann Boensgen selbst ausgedehnt werden. General von Stettin habe sich auf Erfordern der Unterhändler wegen der von ihm verfassten, angeblich irreführenden Darstellung über den Soldatenputsch der Untersuchungshaft unterworfen. Der Demonstrationsstreik ist damit beendet.

SS über die Vorgänge in Stettin, wo eine Abteilung Freiwilliger des Detachements Boensgen gegen eine Versammlung von Kommunisten im Schloßhofe vorangab, bringt der „Vorwärts“ Mitteilungen, nach denen es keinem Zweifel unterliegen soll, daß es sich um arge Ausschreitungen dieser Freiwilligen gehandelt habe. Nach dieser Darstellung haben die Kommunisten selbst die Soldaten zur Teilnahme an der Versammlung aufgefordert, und dieser Aufforderung waren auch etwa 60 Leute des Detachements Boensgen gefolgt. Während der Rede des Berichterstatters haben sie angeblich plötzlich die Regierung hoch leben lassen und, als sie damit auf Widerspruch stießen, Meitpfeifen, Sandgranaten und Revolver herbeigeholt und blindlings nach allen Seiten geschossen. Der „Vorwärts“ fügt dieser Darstellung Ausführungen in dem Sinne hinzu, daß solche Ausschreitungen von Freiwilligen nicht verwundert werden dürfen, wenn man bedenkt, daß Kommunisten und unabhängige Führer ihrerseits in der letzten Zeit eine wahnsinnige Hege gegen die Freiwilligen getrieben und Beschüsse gefügt haben, wie der, daß die Angehörigen der Freiwilligenverbände wie die Pest zu meiden seien, und daß ihnen für alle Anzeichen eine bürgerliche Erlösung durch Wohlstand und Terror unmöglich gemacht werden soll. Es sei nur allzu wahrscheinlich, daß die Freiwilligen in Stettin aus solchen Motiven heraus ihre Tat begangen haben. Der General, der sie für vogelfrei erklärt, sei ihnen ebenso vogelfrei.

Demonstrationsstreik in Jena.

D. Die „Leipa. Neue Ztg.“ melden aus Jena: Der Arbeiterrat in Jena hatte telegraphisch gegen die Anwesenheit der Regierungstruppen in Jena protestiert. Der Reichswehrminister erklärte darauf, daß die Truppenbelegung in Jena sich nicht gegen die dortige Bevölkerung richte, sondern eine unumgänglich notwendige militärische Maßnahme zu besonderen Zwecken darstelle, die voraussichtlich vorübergehend sei. Inzwischen haben die Regierungstruppen gestern den Befehl erhalten, Jena zu verlassen; sie sind auch bereit, soweit Eisenbahnwagen gestellt werden konnten, abgezogen. Trotzdem sind die Arbeiter heute früh in den Generalstreik getreten. Sämtliche sozialistischen Parteien gehen Hand in Hand. Die bürgerlichen Kreise haben sich entschlossen mit dem Abwehrstreik zu antworten, dem auch die Ärzte beitreten wollen. Voraussichtlich werden sich auch die Kliniken anschließen.

hbl. Das Buch von Bethmann Hollweg über die Entstehung des Krieges und den Krieg wird, wie das „Berl. Tagbl.“ erfährt, ziemlich umfangreich werden und zwei Bände haben. Der erste

Band wird in den nächsten Tagen bei Neimar Köhler in Berlin erscheinen. Er behandelt die Entwicklung der politischen Situation bis zum Juli 1914. Ungefähr gleichzeitig wird in altem Verlag die schon angekündigte Schrift des ehemaligen Staatssekretärs von Ragow herauskommen.

Schlesien.

Die Lage in Oberschlesien.

* Im Oberschlesischen Industriebezirk ist heute, nachdem jener Montag nachmittag die Lage verschärft hatte, infolge des Streiks der Elektrizitätsarbeiter die größte Anzahl der Gleimwiger Strecke feiern mußte, infolge des energischen Eingreifens des Staatskommissars eine gelinde Besserung eingetreten. Es besteht die Aussicht, daß es nicht zum Generalstreik kommen wird, obwohl es die spartakistischen Heber auf eine Machtprobe ankommen lassen wollen. Im Kraftwerk Chorzow ist heute die Arbeit wieder aufgenommen worden. Das Elektrizitätswerk Zaborze wurde heute nacht zum Schutze der Arbeitswilligen militärisch besetzt und auch hier will die zu 90 Prozent arbeitswillige Belegschaft wieder arbeiten. Von der Pressestelle des oberchlesischen Staatskommissars wird heute folgender Bericht ausgegeben:

Gestern nachmittag verhandelte Staatskommissar Körsing mit einer Arbeiterabordnung vom Kraftwerk Chorzow. Nach einer kurzen Debatte wurde eine vollständige Einigung hergestellt. Die Kommission versprach, sofort zum Werk zurückzufahren und die Arbeit aufzunehmen, so daß noch am selben Abend Licht zu erwarten sei, was auch tatsächlich der Fall war. Heute früh ist auch die elektrische Energie eingeschaltet und der Betrieb auf der ganzen Linie aufgenommen worden.

Anders lag die Sache bei dem Kraftwerk Zaborze. Obgleich dort 90 Prozent der Belegschaft arbeiten wollten, verstand es ein ganz junger Mensch namens Briz, ein Spartakist reinkeln Wassers, die Belegschaft nicht nur zu terrorisieren, sondern sie dazu zu bewegen, die Wasserarbeiten einzustellen, so daß mehrere Stunden zu ersaufen drohten. Da alle Verhandlungen scheiterten, die Mehrheit des Kraftwerks Zaborze aber arbeiten wollte, so entschloß sich der Staatskommissar, militärische Hilfe anzurufen. Im Laufe der Nacht ist das Kraftwerk ohne Zutun der militärischen Besatzung, der Hauptführer Briz verhaftet worden. Die Arbeiterschaft nimmt die Arbeit wieder auf, so daß auch dieses Kraftwerk bald im Gange sein wird.

Dadurch ist der in Oberschlesien geplante Generalstreik gegenstandslos geworden, und in verhältnismäßig kurzer Zeit wird wohl die Arbeit voll aufgenommen werden, besonders da bekannt geworden ist, daß von der Belegschaft der Streikschlichter keine Rede ist. Unmittelbar verbreiteten Kommunisten und unabhängige Sozialdemokraten ein Flugblatt mit der Aufforderung zum Generalstreik. Alle Maßnahmen dagegen sind sofort getroffen worden.

○ Aus Katowitz wird uns noch berichtet: Infolge des Erlöschens des Streikes in der Zentrale Chorzow hat die oberchlesische Kleinbahn den Betrieb am Montag Abend teilweise aufgenommen; es blieben aber noch die Strecken Morgenrot-Gleiwitz und Bobel-Gindenburg außer Betrieb. Die Beleuchtung des oberchlesischen Industriebezirks durch die Zentrale Chorzow setzte bereits um 4 1/2 Uhr nachmittags ein.

■ Das Erscheinen der Gleimwiger Zeitungen ist infolge Strommangels noch unmöglich.

In Gindenburg, dem Hebd der spartakistischen Heber, hat heute früh unter der Arbeiterschaft der Donnersmarchhütte eine namentliche Abstimmung stattgefunden, in der sich der weitaus größte Teil der Belegschaft für den Streik erklärte. Die gesamte Arbeiterschaft trat, wie der „Oberschlesische Wanderer“ meldet, sofort in den Ausstand.

Die Vorgänge in Gleiwitz.

* Zur Unterdrückung der Unruhen in Gleiwitz war der Freiwiligerverband von Aulod herbeigeworfen worden. Von seinen Unruhstifter sind gegen den Verband wegen seines energischen Vorgehens schwere Anträge erhoben worden, die zum Teil schon von dem Staatssekretär für Oberschlesien widerlegt worden sind. Von dem Verband selbst geht uns nun nachstehende Schilderung der Vorgänge am 25. d. M. zu:

Am Vormittage des 25. d. M. fanden größere Menschenansammlungen vor dem Wilhelmschen Gäßchen auf der Wilhelmstraße statt, die einen derart drohenden Charakter annahmen, daß ein militärisches Eingreifen notwendig wurde. Sollte man doch höhere Unterlagen dafür daß das beabsichtigte Verlassen der Waren zu „Friedenspreisen“ in ein wüdes Land nach Rußland weiter ausarten würde. Nachdem bereits vorher die republikanische Freim.-Komp. bei Aufrechterhaltung der Ordnung einen Zusammenstoß mit den Unruhstörern gehabt hatte, wobei es auf Seite der letzteren 1 Toden und 2 Verwundete gab, erhielt der Freiwiligerverband von Aulod gegen Mittag Befehl, die Abperrung des Ringes und des in Frage kommenden Teiles der Wilhelmstraße vorzunehmen. Wir es anfangs noch mit schwachen Ansätzen und Patrouillen möglich gewesen, der Menge Herr zu werden, so zeigte bald die immer drohender werdende Haltung der berückten Menge, daß ein energisches Vorgehen notwendig sei. Die auf der Wilhelmstraße und auf den in diese mündenden Seitenstraßen angelaufene Menge betrug mehrere Tausend. Neben einer großen Zahl Neugieriger die in billiger Entfernung der Lage sich durch nichts zum Nachhangeln bewegen ließen, waren eine Menge Heber bester Sorte anwesend. Was letztere sich unter den Sicherheitsdienst befindenden Offizieren und Mannschaften gegenüber herausnahmen, ist unbeschreiblich. Der Grenzschutz, insbesondere unser Voraus, wurde in gemeinsamer Weise beschimpft. Offizieren und Mannschaften wurde mit Totschlägen gedroht, ja man versuchte sogar wiederholt, einzelne Mannschaften zu entführen. Obwohl die Menge fortwährend in zügeliger Weise durch Ruf und Hornsignal zum Vorwärtsschreiten aufgefordert wurde, kümmerte sich der überwiegende Teil nicht im entferntesten daran. Horn und Spot wurden unseren Soldaten zugeworfen, wenn sie jemandem zum Weitergehen auftrieten. Die hier anwesenden Vertreter des Arbeiterrates waren der Menge gegenüber machtlos. Ihrer Aufforderung zum Vorwärts der Straße kam niemand nach, im Gegenteil, die Erregung der Menge wurde immer größer.

Auf der Wilhelmstraße versuchte sie ein M.-G. zu stürzen, angeführt dieser Sachlage mußte von der Waffe Gebrauch gemacht werden. Auf dem Wilhelmplatz wurde einem Soldaten der Karabiner weggenommen, gleichzeitig wurde er umritten und die Menge schlug auf ihn ein. Am Boden liegend gelang es ihm, eine Handgranate zu werfen und so sein Leben zu retten. Wie weit die Verheerung und Verblendung der Masse gestiegen war, zeigte sich nunmehr, als auf der Straße die ersten Toten und Verwundeten lagen. Neugierig aufstehend wurden diese sofort umstellt und dadurch wieder neue Ansammlungen gebildet. In einem Gaden hatte der Arzt des Freiwiligerverbandes von Aulod sofort eine Verbandstube eingerichtet und bemühte sich um die Verletzten. Selbst hier konnten die von der Straße geflochtenen Zivilpersonen, darunter vor allem auch ein Mitglied des Arbeiterrates, nicht umhin, in gemeinsamer Weise auf die Gruppe zu schimpfen und sie zu bedrohen. Eine Ausrufung dieses Herrn: „Wir werden unsere Plünderungen fortsetzen, bis der Grenzschutz Gleiwitz verlassen hat.“ mag der Bürgerchaft der Stadt zu denken geben. — Während der Verband sich um die Verwundeten bemühte, wurde ihm sein auf einem Stuhle liegendes Beberlappel zerstückelt und die Pistole gestohlen. Um 7 1/2 Uhr nachmittags wurden der Bevölkerung durch Patrouillen die Befehle des Militärbefehlshabers bekannt gegeben:

Kottwitz 3.50, Treschen 3.25.

Jede Auskunft kostenlos durch die
Fürstliche Kurverwaltung